Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 240 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23. Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 60 Mark, auswärtige Anzeigen 80 Mark, Reklame-Petitzeile 240 Mark. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 285 — Freitag, den 8. Dezember 1922 — 17. Jahrgang

Reichshaushalt und Reparation.

Den sehr bedeutsamen Ausführungen, die der Reichsfinanzminister Dr. Hermes am Mittwoch im Haushaltsausschuß des Reichstages über die Steuerpläne der Regierung gemacht hat, hat er am Donnerstag eine sehr angelegte, eindringliche und aufschlußreiche Darstellung der finanziellen Lage des Reiches und der beabsichtigten Reparationspolitik des neuen Kabinetts folgen lassen. Dr. Hermes ging aus von den bereits bekannten außerordentlich hohen Ziffern des Nachtragsetats, in denen sich die rasende Geldentwertung ausdrückt. Sodann führte er den Nachweis dafür, wie unsinnig die Behauptung ist, daß irgend jemand in Deutschland ein Interesse an der Geldentwertung habe. Der Minister verweilte besonders bei der im Ausland viel erörterten Frage der hohen Dividenden, deren tatsächlichen Wert er klarstellte, und er zeigte, wie heute bereits nicht nur ein großer Teil des deutschen Volkes überhaupt von der Substanz seines Vermögens lebt, sich nur über Wasser zu halten vermag, indem es den in besseren Zeiten angesammelten Besitz veräußert. Während noch die finanzielle Entwicklung der ersten drei Monate des Rechnungsjahres 1922 bei dem damaligen Dollarstande von 300 die Möglichkeit eines Gleichgewichts im Budget und eine Reparationsleistung im Gegenwert von einer Milliarde Goldmark durchaus gegeben hatte, sind diese Möglichkeiten durch den rapiden Marksturz der folgenden Monate restlos vernichtet worden, und die ganze Etatsaufstellung ist vollkommen illusorisch.

Der Minister wies dann auf die trügerischen Hoffnungen hin, die bezüglich einer Atempause an die Regelung der belgischen Schatzwechsel geknüpft worden waren, und er kam von dieser Frage zu der Feststellung, daß die Entwertung der deutschen Mark, das schwindende Vertrauen und die wachsende Unmöglichkeit der Erfüllung nicht nur durch das Maß, sondern auch durch die Unsicherheit der Deutschland zugemuteten Lasten bedingt sind. Die Pflicht Deutschlands, nach einer Stabilisierung der Mark zu streben, erkannte er als oberstes Gebot an, betonte aber die unabweisbare Notwendigkeit ausländischer Hilfe zu diesem Ziel, das auch im Interesse der übrigen Länder, namentlich Frankreichs, erstrebt werden müsse. Mit starkem Nachdruck betonte er den Entschluß der Reichsregierung, alle Kräfte des Landes bei der Mitwirkung Deutschlands an der Lösung dieses Problems einzusetzen. Angesichts der gegenwärtigen politischen Gesamtlage, so schloß der Minister, sei Deutschland trotz des Strebens nach einer endgültigen Lösung auch bereit, an einer vernünftigen Zwischenlösung mitzuarbeiten, und die Gegenseite sei von dieser deutschen Auffassung in Kenntnis gesetzt.

Die Darlegungen des Reichsfinanzministers über die finanzielle Lage des Reiches sind, trotzdem sie dem Kenner der deutschen Verhältnisse sachlich nur wenig Neues sagen, in ihrer Zusammenfassung und klaren Herausarbeitung der Tatsachen doch von besonderem Wert und verdienen namentlich im Ausland weitestgehende Beachtung. Mit nicht minderer Aufmerksamkeit wird die ausländische Politik auf die Ankündigungen hören, die Dr. Hermes über den Entschluß der neuen Regierung zu einer aktiven Reparationspolitik auf dem Boden der Note vom 18. November gemacht hat. Das Ziel bleibt dabei die endgültige von Grund auf neu gestaltete Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen unter der Voraussetzung eines Moratoriums von genügender Dauer und der Reduzierung der Lasten auf ein erträgliches Maß. Die deutsche Regierung hat aber aus der Beobachtung des Laufes, den die internationale Politik in der letzten Zeit genommen hat, die Erkenntnis gezogen, daß zur Zeit das Hinarbeiten auf eine solche endgültige Lösung keinen Erfolg verspricht, und die Rede des Finanzministers verkündet daher die Bereitschaft zur Mitarbeit an einer vernünftigen und sachlich möglichen Zwischenlösung.

Dr. Hermes hat seine Ankündigung, daß die Reichsregierung die Gegenseite von dieser Bereitschaft unterrichtet habe, keine näheren Mitteilungen darüber hinzugefügt, welche Vorschläge und Anregungen von deutscher Seite mit dieser Mitteilung verbunden sein sollen. Das letzte Wort darüber ist ja wohl auch noch nicht gefallen, und die Regierung wird ohne Zweifel auch die für brauchbar erscheinenden Anregungen nützen, die im Hauptausschuß des Reichstages bei der Aussprache über die Erklärungen des Finanzministers vorgebracht worden sind.

Die Rheinlandfrage.

Der Reichspräsident in Dessau.

Bei einem Besuch in Dessau, der auf Einladung der anhaltischen Regierung erfolgte, hielt Reichspräsident Ebert eine Rede, in der u. a. ausführte:

„Sie alle wissen, vor welch schicksalsschweren Fragen und Entscheidungen die Reichsregierung und mit ihr das gesamte deutsche Volk steht; wieder soll in den nächsten Wochen versucht werden, der Lösung des Reparationsproblems näherzukommen; erneut sollen Verhandlungen beginnen, die zeigen werden, ob Vernunft und Frieden in der Welt die Oberhand über Feindschaft und Gewalt errungen haben, und dem deutschen Volk das zugestanden wird, worauf es Recht hat: als tüchtiges Volk aufrecht und im friedlichen Zusammenwirken mit den Völkern der Erde sein Leben zu leben.

In tiefem Mitgefühl verfolgen wir die Leiden und Sorgen unserer Brüder im Rheinland; treu und unerschütterlich halten wir zu ihnen, wie sie trotz aller Bedrückungen treu zum Reiche stehen; niemals können diese Bande gelöst werden, die uralte Volksgemeinschaft, die zweitausendjährige Kultur und Geschichte geschmiedet haben.

Daß wir ehrlich bereit sind, jede Leistung, die wir tragen können, auf uns zu nehmen, hat die Reichsregierung in ihrer Note vom 13. November, die im Einklang steht mit den Gutachten unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Weltruf, das hat der Reichskanzler erneut vor dem Reichstag bekundet. Pflichttreue Mitarbeit aller Deutschen und selbstlose Opferwilligkeit jedes einzelnen nach Maßgabe seiner Kräfte sind nötig, wenn wir das Ziel der Lebensmöglichkeit unseres Volkes, der Gesundung Deutschlands und Europas erreichen wollen.

Die Entwertung unseres Geldes und die damit verbundene Teuerung bedrohen weite Kreise unseres Volkes mit Verelendung und gefährden aufs äußerste unser ganzes Kulturleben. Einkehr, Selbstzucht und soziales Pflichtbewußtsein sind heute dringender denn je geboten. In dieser Not der Zeit müssen wir uns alle mit dem Bewußtsein der Gemeinschaft untereinander und mit dem Vaterland erfüllen.

Protest des preußischen Staatsrates.

Gegen die Bedrohung des Rheinlandes gab im preußischen Staatsrat Vizepräsident Graef folgende Erklärung ab: „Unter Mißachtung der Grundlage des Versailler Friedens und völliger Verkennung der für Deutschland gebliebenen Erfüllungsmöglichkeiten erstrebt die Gewaltpolitik der heutigen französischen Machthaber nach offen ausgesprochener Drohung die Ablösung rheinischen Landes vom Reich und weitere militärische Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Als verfassungsmäßig berufene Vertretung der bedrohten Grenzen erklärt der preußische Staatsrat einmütig schärfsten Einspruch gegen solche Absichten und Drohungen. Mit stolzer Genugtuung stellt der preußische Staatsrat fest, daß alle Lockungen und Einschüchterungsversuche am Rhein entrüsteter Ablehnung begegnen. Er vertraut darauf, daß die Treue der Rheinländer und ihr unerschütterlicher Wille, deutsch zu sein und zu bleiben, durch eine entschlossene Reichspolitik gestützt und gelohnt wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß auch für die Rheinlande gelten."

Der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln hat den Kreis- und Bezirksdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission in Köln in einer Unterredung mitgeteilt, daß an der moralischen Widerstandskraft der Arbeitnehmer alle geheimen und offenen Versuche auf Angliederung der Rheinlande und weitere Gewaltandrohungen scheitern würden, und gebeten, das englische Auswärtige Amt nicht im unklaren zu lassen über die Stimmung des rheinischen arbeitenden Volkes. Die englischen Vertreter erklärten sich bereit, diese Mitteilungen ihrem Auswärtigen Amt in London zu unterbreiten.

Unmögliche Kohlen- und Holzforderungen.

Die Alliierten scheinen an ihrer Forderung der Lieferung von 1,6 Millionen Tonnen Kohle im Monat festzuhalten. Eine solche Lieferung zu leisten, ist für Deutschland aber auf die Dauer ganz unmöglich. Wir müssen bereits mehr Kohlen aus dem Ausland einführen, als wir an die Reparationskommission abzuliefern haben. Die deutsche Kohleneinfuhr im Monat Oktober betrug 2,8 Millionen Tonnen. Die über die Lieferung an die Entente hinausgehende deutsche Ausfuhr an Kohle war wieder sehr niedrig. Sie betrug etwa 200 000 Tonnen. Ebenso steht es mit den Holzlieferungen sowohl im Hinblick auf die Transportmöglichkeiten wie auf die vorhandenen Arbeitskräfte. Nach dem für 1922 vorgesehenen Plan sollen 4,8 Millionen Kubikmeter Holz an die Entente abgeliefert werden. Es war für das Reich unmöglich, einen derartigen Bestand aufzubringen.

Der Fall Passau-Ingolstadt.

Bayern lehnt die Genugtuung ab.

Der bayrische Ministerpräsident hat erklärt, daß er unter keinen Umständen bereit sei, die Forderungen der Note Poincarés, soweit sie Bayern betreffen, zu erfüllen. Von einem „Entschuldigungsschreiben an die Entente könne keine Rede sein. Dr. v. Knilling ließ durchblicken, daß er lediglich den Willen der Mehrheit der bayrischen Kammer durchzuführen habe, und diese sei dafür, daß mit den Zugeständnissen und Demütigungen endlich Schluß gemacht werde.

Innerhalb der Reichsregierung und auch unter den in Berlin versammelten Ministerpräsidenten der Länder herrsche zunächst starke Ungewißheit darüber, was nun geschehen solle. In gewissen Kreisen des Auswärtigen Amtes erwägt man den Gedanken einer deutschen Einheitsfront. In den Kreisen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten, aber auch innerhalb der Deutschen Volkspartei vermag man sich für diesen Gedanken jedoch nicht zu erwärmen, da ein solcher Schritt provozierend auf die Alliierten wirken und neue Schwierigkeiten in den Beziehungen heraufbeschwören würde, die gerade in diesem Augenblick vermieden werden müssen.

Ein englisches Urteil.

„Manchester Guardian" äußert seine Verwunderung darüber, daß die Note der Alliierten über die Vorfälle in Passau und Ingolstadt so große Aufregung in Deutschland hervorgerufen habe. Die geforderte Buße in Höhe von einer halben Milliarde Goldmark findet das Blatt, obwohl es sich nur um kleine Städte handelt, gering. „Manchester Guardian" sagt, daß es mehr der Ton der Note ist, der einen solchen Eindruck gemacht hat. Das Ganze sei zu betrachten als ein Sturm im Wasserglase.

Englischer Druck?

Wie aus Rotterdam gemeldet wird, hat Reichskanzler Cuno mit dem ersten englischen Botschaftsvertreter über diese Fragen eine Unterredung gehabt, in der wahrscheinlich England angeraten hat, die Note des Botschafterrates wegen der Ueberfälle auf die Ententekommissionen anzunehmen, da sich England im Fall einer Weigerung seitens Deutschlands zur Partei des schwer angegriffenen Frankreich schlagen müsse.

Die alliierte Militärkontrolle.

Die Botschafterkonferenz hatte in ihrer Note vom 14. April d. J. über die interalliierte Luftfahrt- und Kontrollkommission vorgeschlagen, daß an die Stelle dieser Militärkontrollkommission ein Militärgarantiekomitee treten sollte. In dieser Angelegenheit fand ein Notenwechsel statt, bei welchem in einer Kollektivnote vom 29. September die alliierten Mächte konstatierten, daß seit mehreren Monaten eine bedeutende Verzögerung in der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und ein immer ernster werdender Widerstand gegen die von der interalliierten Militärkommission ausgeübte Kontrolle eingetreten sei, wobei sie im Besonderen 5 Punkte erwähnten, denen nicht entsprochen worden sei. Diese betreffen

die Reorganisation der Polizei, die Umstellung der Fabriken, die Auslieferung des Restes des nicht zurückgelassenen Materials, die Auslieferung der Schriftstücke, welche sich auf die Bestände an Kriegsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes beziehen, schließlich die Veröffentlichung von gesetzlichen Bestimmungen zur wirksamen Unterbindung der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial und zur Ausgleichung der Rekrutierung und Organisation des Heeres an die Bestimmungen des Friedensvertrages.

Andererseits stellten die alliierten Mächte

Erleichterungen der Deutschland auferlegten Lasten

durch Abschaffung der Kontrollkommissionen in Aussicht, wenn die Erfüllung der obigen Forderungen sichergestellt sei und die deutsche Regierung die Einsetzung eines Militärgarantiekomitees angenommen habe, das an die Stelle der Kontrollkommission zu treten hätte.

Da in der Antwort der deutschen Regierung vom 27. Oktober deren Bereitwilligkeit, in Verhandlungen über diesen Vorschlag zu treten, ausgesprochen, aber über die 5 Punkte nichts gesagt wurde, nahmen die alliierten Mächte an, daß Deutschland in der Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht weitergehen wolle und erklärten, daß die Kontrollkommission bleiben würde, bis die 5 Punkte geregelt seien, und daß über diese 5 Punkte keine Verhandlungen geführt werden sollen. Sie verlangten bis 10. Dezember endgültige Antwort.

Die deutsche Regierung antwortete am 27. November, daß sie keineswegs beabsichtigt, die 5 Punkte zu ignorieren. Die Prüfung dieser 5 Punkte aber beanspruche längere Zeit und deshalb habe die deutsche Regierung geglaubt, ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über das Garantiekomitee vorweg aussprechen zu sollen. Ueber die 5 Punkte, mit deren Prüfung man noch beschäftigt sei, behalte sie sich eine spätere Mitteilung vor.

SLUB
Wir führen Wissen.